

Presseinformation

23.11.2017

Den Lehrberuf wieder attraktiv machen! Bremischer GEW-Gewerkschaftstag berät über den Pädagog*innenmangel

Der Bremische Gewerkschaftstag der GEW fordert die Arbeitsbedingungen an Schulen zu verbessern, damit dringend benötigtes pädagogisches Fachpersonal gewonnen werden kann. Dafür müsste vor allem die Zahl der Unterrichtsstunden der Lehrkräfte an allen Schulformen um zwei Stunden gesenkt werden. Außerdem fordert die Bildungsgewerkschaft in dem einstimmig gefassten Beschluss eine höhere Bezahlung bzw. Besoldung für Lehrkräfte an Grundschulen und in der Sekundarstufe I nach E13 bzw. A13, wie dies das nach Berlin nun auch das Land Brandenburg beschlossen hat und wie es auch Nordrheinwestfalen plant.

Bremen – An den Schulen im Lande Bremen fehlt Personal, um den Unterricht verlässlich abzudecken, stellt die Bildungsgewerkschaft GEW fest. „Alle Schülerinnen und Schüler nach ihren Bedürfnissen zu fördern ist bei diesen Bedingungen auch bei größtem Engagement der Schulbeschäftigten unmöglich. Es ist schwer mit anzusehen, dass wir Kindern z.B. aus armen Familien oder mit Sprachproblemen oft keine Perspektive bieten können,“ beschreibt die neu gewählte GEW-Landesvorstandssprecherin und Oberschullehrerin Ina von Boetticher die Lage an den Schulen des Landes. „Die GEW hat lange dafür gekämpft, dass Stellen nicht gestrichen sondern neu geschaffen werden“, ergänzt ihr Sprecherkollege Bernd Winkelmann. „Das Land hat dies hinausgezögert, bis nun kaum noch ausgebildete Lehrkräfte zu finden sind.“ „Nachdem die GEW gemeinsam mit dem Personalrat Schulen Bremen eine Auswertung der Lehrerausbildung im Referendariat durchsetzen konnte, sind bessere Arbeitsbedingungen an den Schulen entscheidend, damit in Bremen ausgebildete Referendare überhaupt bereit sind im Land zu bleiben“, erklärt Christian Gloede, ebenfalls wiedergewählter GEW-Landesvorstandssprecher. Außerdem fehlten noch weitere Studienplätze im Lehramt an der Universität Bremen, sowie die Wiedereinführung von in den vergangenen Jahren gestrichenen Studiengängen. Zudem müssten die vielen eingestellten Seiteneinsteiger im Lehrberuf zeitnah die Chance auf eine berufsbegleitende Qualifizierung erhalten. Auch geflüchtete Lehrkräfte könnten eine Chance für den Lehrkräftenachwuchs sein, wenn die Anerkennung ihrer Abschlüsse erleichtert und Fortbildungen angeboten würden.

Presseinformation

Die Delegierten verabschiedeten einen Dringlichkeitsantrag indem die GEW alle Bremer „Siemens-Partner-Schulen“ auffordert, ihre Kooperation mit dem Konzern angesichts der geplanten Streichung von Stellen und Standorten aufzukündigen. Öffentliche Schulen dürften sich nicht zu schweigenden Duldern und Nutznießern einer rein Kapital-orientierten Politik machen, die gegen viele Menschen gerichtet sei.

Der Bremische Gewerkschaftstag ist das höchste Gremium des Landesverbandes der Bildungsgewerkschaft GEW und tritt ein Mal im Jahr zusammen. Die in diesem Jahr neu gewählten Delegierten berieten gestern und heute über etwa 20 Anträge z.B. zum Pädagog*innenmangel und zur Integration von Geflüchteten.

Für Nachfragen stehen zur Verfügung: Bernd Winkelmann (GEW) Mobil: 0162-9731230
Christian Gloede Mobil: 0174-9790755

GEW-Landesverband Bremen • Pressestelle

verantwortlich: Andreas Staets • E-Mail: staets@gew-hb.de